

Vortrag an den Ministerrat

Abkommen über soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und der Kirgisischen Republik; Verhandlungen

Eine Kontaktaufnahme durch den kirgisischen Botschafter in Wien im September 2023 führte zu einer virtuellen exploratorischen Gesprächsrunde auf der Ebene von Expertinnen und Experten, die eine mögliche Aufnahme von Verhandlungen über ein bilaterales Abkommen über soziale Sicherheit zwischen Österreich und Kirgisistan zum Inhalt hatte. Bei diesen exploratorischen Gesprächen wurden die jeweiligen nationalen Sozialversicherungssysteme vorgestellt und die wechselseitigen Erwartungen an ein Abkommen ausgetauscht. Ein Abkommen würde insbesondere die Tätigkeit von österreichischen Unternehmen in Kirgisistan erleichtern und zur weiteren Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen beitragen. Auch wenn die Anzahl der betroffenen Personen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch relativ gering ist, wäre ein Sozialversicherungsabkommen im Rahmen einer breiteren politischen Perspektive und im Hinblick auf künftige Entwicklungen ein wichtiger Baustein zur positiven Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

In der Folge fand ein Austausch der jeweiligen Entwürfe für ein Abkommen mit der kirgisischen Seite statt. Diese wurden intern analysiert, wobei es gelang, im Zuge der schriftlichen Kommunikation die Entwürfe inhaltlich stark anzunähern, weshalb davon auszugehen ist, dass bei künftigen Verhandlungen ein rasches Einvernehmen erzielt werden kann. Die kirgisische Seite hat bereits den Wunsch geäußert, sobald als möglich in das Stadium formeller Verhandlungen einzutreten. Da nicht auszuschließen ist, dass in einer ersten Verhandlungsrunde bereits eine Einigung über das gesamte Abkommen erzielt wird, ist eine Vollmacht zur Führung derartiger Verhandlungen erforderlich.

Für die Verhandlung des Abkommens wird nachstehende österreichische Delegation in Aussicht genommen:

Gesandter Mag. Bernhard Faustenhammer Delegationsleiter	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Gesandter Dr. Johannes Aigner stellvertretender Delegationsleiter	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
MR Mag. Manfred Pörtl stellvertretender Delegationsleiter	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Rätin Mag.a Inés Laske-Rodríguez stellvertretende Delegationsleiterin	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
Kommissarin Mag.a Emma Olson stellvertretende Delegationsleiterin	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
MR Mag.a Jeanette Enthofer stellvertretende Delegationsleiterin	Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

Der Delegation werden die erforderlichen Beraterinnen und Berater aus dem Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz sowie Expertinnen und Experten des Dachverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger angehören.

Die mit der Verhandlung des Abkommens verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Das künftige Abkommen wird voraussichtlich geringe finanzielle Auswirkungen haben, die aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt werden.

Das geplante Abkommen wird gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend sein und daher der Genehmigung des Nationalrats gemäß Art. 50 B-VG bedürfen.

Der Nationalrat und der Bundesrat werden gemäß Art. 50 Abs. 5 B-VG von der Aufnahme der Verhandlungen unverzüglich unterrichtet werden.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zu Verhandlungen über ein Abkommen über soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und der Kirgisischen Republik zu bevollmächtigen.

20. Dezember 2024

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister